

Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung -Volksabstimmung-



Arbeit
Frieden
Freiheit
Sicherheit
Gerechtigkeit

Ab jetzt--Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung,
Kurzbezeichnung: Volksabstimmung, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830,
Internet: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, www.helmut-fleck.de, e-Post: Helmut-Fleck@helmut-fleck.de

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt (Art. 20 (2) GG)

Präambel (Stand: 26.04.2008)

82 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass das Volk politisch **nichts** zu sagen hat. **Alle** Staatsgewalt geht aber vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt (Artikel 20 (2) Grundgesetz). Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit (Art. 21 (1) GG).

Wir fordern deshalb die **Volksabstimmung zu wichtigen Sachfragen und Gesetzen** wie in der Schweiz, die zusammen mit allgemeinen Wahlen stattfinden könnten, zu

- Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Hartz IV-Gesetzen, Ja oder Nein ?
- Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Ja oder Nein ?
- Aufnahme neuer Länder in die EU, EU-Reformvertrag, ... Ja oder Nein ?
- Bebauungsplänen (Einkaufszentren, Moscheen, ...), Ja oder Nein ?
- Bevölkerungs- und Familienpolitik, ... Ja oder Nein ?
- Bildung, Schulformen, Lehr- und Lernmittel, Studiengebühren, ... Ja oder Nein ?
- Gesundheit, Praxisgebühr, Mehrwertsteuer bei Medikamenten, ... Ja oder Nein ?
- Rente mit 67, Nullrunden der Renten, Diäten und Pensionen der Politiker, Steuern, ... Ja oder Nein ?
- Privatisierung von Volksvermögen: Deutsche Bahn, Krankenhäuser, Post, ... Ja oder Nein ?

63 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges fordert Deutschland seinen gleichberechtigten Platz innerhalb der freien Völker. Wie jedes freie Volk, so lehnt auch das deutsche Volk jegliche Bevormundung durch fremde Mächte oder Organisationen ab. Wir wollen den ureigenen Verantwortungsbereich für unser Volk selbst bestimmen. **Alle Staatsgewalt geht nach Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG) vom Volke aus.** Die derzeitigen Politiker haben sich jedoch vom Volk weit entfernt. Wer sagt, was das Volk denkt, wird als „Populist“, „Extremist“ oder „Nazi“ beschimpft und in so genannten „Verfassungsschutzberichten“ an den Pranger gestellt. Das Volk betreffende Grundsatz- und Schicksalsfragen (Abschaffung der Währung, Zuwanderung, Bau von Moscheen, Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland, ...) werden von den Parteien entschieden, **gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit.** Das Volk hat gegenwärtig tatsächlich **keinen** Einfluss auf die Staatsgewalt. Die Parteien **allein** stellen linientreue Wahlbewerber auf, die das Volk wählen soll. Die Politik des gegenwärtigen Systems wird **grundgesetzwidrig** vom Großkapital und den Banken bestimmt und **nicht vom Volk.**

Nach Art. 21 GG dürfen die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes nur **mitwirken.** **Die Verantwortung und Hoheit für den Staat muß gemäß Art. 20 (2) GG das Volk haben,** in dem es durch Volksabstimmungen auf allen Ebenen (Kommune, Bundesland, Bund) die Politik entscheidet. Die jetzige „**Parteiendiktatur**“ mit der Lobby des Großkapitals ist durch die „**Volksdemokratie**“ abzulösen.

Die Kluft zwischen arm und reich wird so durch Verteilung von unten nach oben immer größer. **In der Bundesrepublik haben 50% der Bevölkerung (älter als 17 Jahre) keinerlei Vermögen. Das Nettovermögen konzentriert sich bei 10% der Bevölkerung zu fast 60%** (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 45/2007 v. 07.11.2007).

Nach einem Bericht der UNESCO von 1999 ist das Privatvermögen der **drei** reichsten Familien der Welt größer als die Summe des Bruttosozialprodukts der **48 ärmsten Länder der Welt.** 1,3 Milliarden Menschen leben mit weniger als einem Euro täglich, 3 Milliarden Menschen (die halbe Erdbevölkerung) haben weniger als zwei Euro täglich. Über 800 Millionen Menschen leiden Hunger und selbst in den reichen Industriestaaten leben 5 Millionen Obdachlose. Mit nur 400 Milliarden Euro jährlich, das entspricht 4% des

Vermögens der 225 Reichsten der Welt, könnten die wesentlichen Bedürfnisse der Menschen in der Dritten Welt (Nahrung, Trinkwasser, Gesundheitswesen, Erziehung und Bildung) gedeckt werden. Zur Kasse werden aber immer nur die Kleinen (Arbeitnehmer, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, ...) gebeten. Bei den Armen, Behinderten und Kranken wird drastisch gespart. Trotzdem steht unser „**Soziales Netz**“ mit einem jährlichen Beitragsaufkommen **von 370 Milliarden Euro** (Der Spiegel 11/03) vor dem Zusammenbruch, weil die gewählten Politiker jährlich **150 Milliarden Euro** (Karl Baßler 1999) für die **Zuwanderung ins „Soziale Netz“** grundgesetzwidrig ausgeben. Immer mehr arme Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen sollen integriert werden, **nur weil die Wirtschaft billige Arbeitskräfte haben will**. „**Europa soll die Grenzen für 20 Millionen Asiatische und afrikanische Arbeiter öffnen**“ (Financial Times Europe v. 13.09.2007), **sechs Millionen soll Deutschland aufnehmen**. Die EU soll dazu bereits vor Ort Informationszentren einrichten.

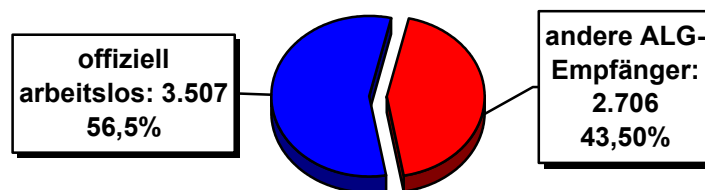
EU-Justizkommissar Franco Frattani soll gesagt haben:

„Wir dürfen die Einwanderung nicht als Bedrohung betrachten, sondern als Bereicherung!“

Wir von „Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Bürgerbewegung für Demokratie durch Volksabstimmung“ sagen: „Ob das deutsche Volk das auch so sieht (Bereicherung?), soll bitte das deutsche Volk per Volksabstimmung (Referendum) selbst entscheiden!“

Die EU und die uns regierenden Politiker übersehen dabei (absichtlich?), dass Deutschland **neben den 3,5 Millionen offiziellen Arbeitslosen noch weitere 2,7 Millionen Menschen hat**, die zu Dumping-Löhnen (Hartz IV, Leiharbeit, 1-Euro-Jobs) arbeiten, von denen diese Menschen mit ihrer Familie nicht in Würde (siehe Art. 1 (1) GG) leben können. Nur **56,5% der Arbeitslosen** sind offiziell als arbeitslos registriert (Informationsportal Globalisierung - Standort Deutschland, Arbeitsmarkt März 2008: www.jjahnke.net).

Offizielle und andere Arbeitslose März 2008 in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Der Anteil der Geringverdiener in Deutschland ist bundesweit in 10 Jahren von 15% auf 22% gestiegen. Deutschland hat schon fast so viele Geringverdiener wie die USA. Im Durchschnitt verdienen die Geringverdiener laut einer Studie des Instituts **Arbeit und Qualifikation (IAQ)**, Universität Duisburg-Essen, in 2006 nur 6,89 Euro/Stunde (in Ostdeutschland: 4,86 Euro/Stunde). In Deutschland arbeiten 6,5 Millionen Menschen in diesem Niedriglohnbereich (Bild 19.04.2008, © Prof. Dr. Gerhard Bosch, www.iaq.uni-due.de).

Die uns regierenden Politiker rechnen die Arbeitslosenstatistik schön und brechen den **geleisteten Amtseid Art. 56 u. 64 GG**: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des **deutschen** Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und ... wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und **Gerechtigkeit** gegen jedermann üben werde).

Diesen über 6 Millionen Menschen droht **völlige Altersarmut** mit einer Rente auf Sozialhilfeniveau, wenn sie länger arbeitslos bzw. ALG-Empfänger bleiben. Für ein Jahr Hartz IV bekommen sie später nur 2,19 Euro monatliche Rente (DGB-Chef Sommer in Bild am 14.04.2008).

Diese unverantwortliche Politik treibt die Lohnnebenkosten hoch **und verteuert die Arbeit**, weil im gegenwärtigen System alle Kosten nur dem Produktionsfaktor „Arbeit“ aufgebürdet werden. Die „Arbeit“ wird sogar doppelt belastet (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile). Kapital- und andere Einkünfte bleiben völlig verschont. Wer Arbeitslosigkeit beseitigen will, muß hier ansetzen. Wir fordern deshalb, daß aus allen Einkünften, u. a. aus den riesigen Zinseinkünften der Banken infolge der Verschuldung des Staates, der Wirtschaft und der Privathaushalte, ins „Soziale Netz“ Beiträge solidarisch eingezahlt werden. **Die Einkünfte der Kapital- u. Personengesellschaften, der Freiberufler, Bezüge der Manager, Politiker und Beamten müssen genauso zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden wie die Gehälter der Angestellten und Löhne der Arbeiter (Schweizer Modell)**. Wenn alle Einkünfte gleich behandelt werden, sind **Arbeitslosigkeit** und **Schwarzarbeit** kein Thema mehr.

Grundsatzprogramm „Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Bürgerbewegung für Demokratie durch Volksabstimmung“ mit Vorschlägen zur Lösung der Probleme, über die das Volk entscheiden soll (Art. 20 (2) GG) (Stand: 26.04.2008)

Deutschland- und Außenpolitik

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebietet: „**Die Würde des Menschen ist unantastbar**“ (Art. 1 (1) GG). Schlussfolgerung: Auch die Würde des gesamten deutschen Volkes ist unantastbar. Die Außenpolitik Deutschlands hat sich nach internationaler Gepflogenheit in Würde zu vollziehen. Ein ausgeglichenes Geben und Nehmen muss oberstes Gebot sein. Deutsche Außenpolitik hat den Normen des zwingenden Völkerrechts zu entsprechen.

Verteidigung

Deutschland braucht eine starke, gut ausgerüstete Bundeswehr für den **Verteidigungsfall (Art. 26 GG Verbot des Angriffskrieges)**. Durch den Zerfall des kommunistischen Ostblocks sind die Gefahren vielleicht geringer geworden; sie sind jedoch **unberechenbarer**. Schluss mit allen militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die jährlich Milliardensummen verschlingen - das sind Steuergelder, die im Bildungshaushalt fehlen! Schluss mit der Herabwürdigung deutscher Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart durch deutsche Meinungsmacher!

Innenpolitik

Es ist Aufgabe des Staates, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen. Der Staat kümmert sich derzeit fürsorglich um die Menschenrechte von Schwerverbrechern und Serientätern. Die Betreuung von Verbrechen**opfern** wird jedoch einer privaten Organisation, dem „Weißen Ring“, überlassen. Wir fordern eine leistungsfähige, vom Vertrauen der Bürger getragene, gut ausgebildete, angemessen besoldete und mit modernsten technischen Hilfsmitteln ausgerüstete Polizei.

„Die Ausländerkriminalität darf nicht länger zum Tabu erklärt werden. Die Integration der in Deutschland lebenden Einwanderer ist gescheitert (H.-D. Schwind, Nieders. Ex-Justizminister, Bild 29.04.03).“ Seine Begründung: „Bei einem Ausländeranteil von 9 % der Bevölkerung in Deutschland (82 Mio.) werden 19,3 % aller Straftaten (2,1 Mio. im Jahr 2001) von Ausländern begangen.“ **Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD)** stellte fest: „Mit einer demokratischen Gesellschaft ist eine **multikulturelle Gesellschaft** auf absehbare Zeit kaum möglich. Insofern ist es ein Fehler gewesen, daß wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen holten (dpa 23.11.2004).“

Deutschland ist kein Einwanderungsland! Wir sind gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“. Wir fordern die Volksabstimmung über Zuwanderungsgesetze nach dem Muster von Australien, Israel und Kanada mit Leistung von Sicherheiten und Stellung von Bürgschaften und eigene Bevölkerungspolitik.

Deutschland gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Welt und verträgt auch aus Umweltgesichtspunkten (Feinstaub, Smog, Lärm, ..., Verkehrsstaus) keine weitere Zuwanderung. In Australien leben 2 Einwohner/km², in den USA 28, in Deutschland 230. Schweden ist doppelt so groß wie Deutschland und hat nur 8 Millionen Einwohner, Deutschland 82. Aus ökologischer Sicht wären für Deutschland ohne Schädigung der Umwelt max. 15 Millionen Einwohner vertretbar (Dr. Wolfram Ziegler: „Gibt es zu viele Europäer?“, Deutsche Studiengemeinschaft DSG, Heft 3, 2003, 71207 Leonberg).

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht (Artikel 16a GG). Anträge von Asylbewerbern dürfen nur entgegengenommen werden, wenn der Asylbewerber seine Staatsangehörigkeit mit Pass oder anderen Dokumenten nachweist, weil andernfalls eine Ausweisung nicht möglich ist. Die gesamte Zuständigkeit für das Asylwesen (organisatorisch, personell, finanziell) einschließlich Abschiebung ist in Bundeskompetenz zu überführen. Die Rechtsgrundlagen über Prüfung von Asylanträgen sind dahingehend zu ändern, dass ein endgültiger Beschluss über einen Asylantrag **innerhalb von einem Jahr erfolgen muss**. Straffällig gewordene Angehörige fremder Staaten, die zu mehr als einem **halben Jahr Freiheits- bzw. Bewährungsstrafe** verurteilt worden sind, müssen konsequent abgeschoben werden (§§ 45 ff. Ausländergesetz ist entsprechend zu ändern). Ausländischen Sozialhilfeempfängern ist konsequent die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen (§§ 45, 46 Punkt 6 Ausländergesetz). Die vorhandenen Gesetze müssen angewendet werden.

Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Die Gesundung der deutschen Wirtschaft ist der Globalisierung vorzuziehen. Investitionen der deutschen Wirtschaft im Ausland sind voll zu versteuern. Für die deutsche Wirtschaft sind Bedingungen zu schaffen, die ihr die internationale Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten. Die Binnenwirtschaft ist durch zukunftsichernde Projekte unter staatlich federführender Verantwortung (Magnetschwebbahn zwischen Ballungsgebieten, Vorbereitung und Aufnahme eigener unbemannter Weltraumfahrt, Energieversorgung durch Erdwärme in den Zechen von Rhein und Ruhr und dem Saargebiet, ...) zu stärken. Es sind

Prioritäten für eine Exportwirtschaft mit dem Schwerpunkt Hochtechnologie zu setzen: Förderung neuer Verkehrs- und Transportsysteme. Es gibt eine riesige Anzahl guter Erfindungen und Möglichkeiten in der Technik, Biowirtschaft, Medizin, im Medien- und Bildungsbereich, die eine bessere gesunde Entwicklung ermöglichen würden, aber nicht genutzt werden, weil sie nicht althergebrachten Denkgewohnheiten entsprechen oder von einflussreichen Lobbyisten verhindert werden.

Finanz- u. Steuerpolitik

Der Bundeshaushalt z.B. 2003: **248** Milliarden Euro, **40** Milliarden Euro Zinsen und **38** Milliarden Euro **neue** Schulden. Wir fordern ausgeglichene Haushalte **ohne** Neuverschuldung. **Alle** Staatsausgaben und **alle** Abkommen mit anderen Ländern¹⁾ müssen auf den Prüfstand. Alle Zahlungen an ausländische Staaten, Organisationen und Personen sind auszusetzen und auf ihren Nutzen zu überprüfen. Deutschland soll international auch seinen Beitrag leisten, aber bitte dafür nicht unverantwortlich zu Lasten der folgenden Generationen Schulden machen!

Die Zuwanderung ins „Soziale Netz“ kostet den Steuerzahler jährlich **150 Milliarden Euro** (Karl Baßler 1999, Anlage): Sozialhilfe an Ausländer **12** Milliarden Euro, Arbeitslosengeld an Ausländer **25** Milliarden Euro, Kosten für durch Ausländer verdrängte 1,5 Millionen Arbeitnehmer **38** Milliarden Euro, Defizit der Krankenversicherung durch Ausländer **20** Milliarden Euro und für Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungskosten und Rentenzahlungen an Ausländer, Ausländerkriminalität **55** Milliarden Euro. Das sind rd. **40 %** des Gesamtvolumens des „Sozialen Netzes“ (**370 Mrd. Euro**). Wenn diese ganzen Zahlungen zurückgefahren werden und die Steuerverschwendung mit Selbstbedienung der Politiker (nach Ermittlung des Bundes der Steuerzahler: jährlich 30 Milliarden Euro) beendet wird, kann die Einkommensteuer auf ca. 30% sinken. Jeder Bundesbürger hätte dann monatlich 15 bis 20 % mehr Einkommen zur Verfügung. **Nur so kommt Deutschland wieder in Schwung!**

Justiz

Der Rechtsstaat muss wieder hergestellt werden. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden (Art. 20 (3) GG). Eine Gesetzesänderung oder Gesetzesauslegung, welche die in den Artikeln 1 bis 20 niedergelegten Grundsätze berührt, ist unzulässig (Art. 79 (3) GG) und muss als Rechtsbeugung i.S. § 336 Strafgesetzbuch ausgelegt werden. Die Unabhängigkeit der Richter und Gerichte von parteipolitischen Einflüssen muss gewährleistet sein. Richter und Staatsanwälte dürfen nicht im „**Würgegriff der Politik**“ stehen. Sie müssen vom Volk auf Zeit gewählt werden (Art. 20 (2) GG). Der Anwaltszwang ist für alle Instanzen aufzuheben. Gerichte haben grundsätzlich den Sachverhalt zu verhandeln, formalrechtliche Kriterien sind nachrangig zu behandeln. Es muss der Grundsatz der **Unschuldsvermutung** gelten. **Ein Vorwurf muss konkret bewiesen werden, Glaubwürdigkeitsgutachten oder Vermutungen Dritter sind unzulässig.**

Arbeit und Soziales

„Aus **allen** Einkünften müssen Beiträge ins „Soziale Netz“ gezahlt werden!“ Das Recht auf Arbeit ist ein Grundrecht und muß in das Grundgesetz aufgenommen werden. Es müssen ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen zur Verfügung gestellt werden. Wir können es uns auch nicht leisten, die ältere Generation mit 55 oder 60 Jahren als Globalisierungsoffer in den Vorruhestand zu schicken. Die Arbeitslosigkeit kann mit den in den Abschnitten „Wirtschafts- und Verkehrspolitik“ und „Finanz- und Steuerpolitik“ genannten Programmpunkten sicher innerhalb von 4 Jahren (einer Legislaturperiode) auf einen Grundzustand von ca. 500.000 (Vollbeschäftigung) zurückgeführt werden, wenn die Lohnnebenkosten, wie eingangs beschrieben, gesenkt werden. Die Doppelbelastung des Faktors Arbeit durch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile muß sofort beseitigt werden. Der Faktor Arbeit muß **ganz** um die Arbeitgeberanteile zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung entlastet werden. Diese Anteile in Höhe von rd. 185 Milliarden Euro (Der Spiegel 11/03) müssen andere Einkunftsarten tragen, u.a. die **Kapitaleinkünfte, die Zinseinkünfte der Banken infolge der Verschuldung des Staates. Die Einkünfte der Kapital- u. Personengesellschaften, der Freiberufler, die Bezüge der Manager, Politiker u. Beamten müssen genauso zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden wie die Gehälter der Angestellten/Löhne der Arbeiter, Gleichbehandlung von Kapital und Arbeit (Schweizer Modell).**

Ohne solche Reformen werden schon in 10 Jahren Millionen Rentner von einer Rente auf Sozialhilfeniveau leben müssen. Arbeitsplätze werden fast nur im mittelständischen Bereich geschaffen, d.h. in Kleinbetrieben

1) z.B. die Sozial-Abkommen mit Bosnien und Herzegovina (1968, Vertrag mit Jugoslawien), Bulgarien (1997), China (2002), Israel (1973), Japan (1998), Kanada 1985), Korea (2000), Kroatien (1997), Marokko (1981), Mazedonien (1968, Vertrag mit Jugoslawien), Polen (1973), Quebec (1987), Slowenien (1997), Türkei (1964), Tunesien (1984), Tschechei (2001), Ungarn (1998), USA (1976) (Quellen: Heinrich Lummer: „Deutschland soll deutsch bleiben“, Hohenrain-Verlag 1999, S. 17 und Unabhängige Nachrichten, Bochum, UN 6/2003).

von Handwerk, Handel und Dienstleistung. Diese Betriebe müssen deshalb vorrangig gefördert werden, von Bürokratie, Steuern und Abgaben entlastet werden.

Schulen, Hochschulen, Bildung und Medien

Den Schulen und Hochschulen sind die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung unserer Zukunft notwendig sind. Die berufliche Ausbildung bis hin zur Meisterprüfung und das Studium müssen gleichen Stellenwert haben. Das Niveau der Hauptschulen muss angehoben werden, um den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern und der Jugend eine Zukunft zu eröffnen. Ausländische Schüler sind getrennt zu unterrichten, solange sie nicht dem Niveau deutscher Schüler im Bezug auf die deutsche Sprache angeglichen sind. Das gegliederte Schulsystem ist beizubehalten. Das Abitur ist auf 12 Jahre zu verkürzen und Regelstudienzeiten sind einzuführen. Ein zweiter Bildungsweg muss neben der Berufsausbildung und Berufsausübung ermöglicht und garantiert werden. Die Begabtenförderung muss mit dem ersten Schuljahr beginnen, einen selbständigen Bildungsweg der Eliteförderung darstellen und zu ein oder zwei Eliteuniversitäten führen. Lehr- und Lernmittel müssen umsonst sein, Studiengebühren sind abzuschaffen!

Die Gestaltung der Programme in den Medien (Hörfunk u. Fernsehen) muss vorrangig den berechtigten Interessen der deutschen Kultur und Heimat Rechnung tragen (siehe NDR 1 Niedersachsen, WDR 4). Von allen Musikstücken, die auf den deutschen **öffentlich-rechtlichen Sendern** gespielt werden, soll ein fester Anteil (Quote) von mindestens 80 % von deutschen Künstlern stammen. Es ist auch unfassbar, dass die Bundesrepublik Deutschland jährlich mit über **drei Milliarden Euro** steuerbegünstigte Hollywood-Filme finanziert, die dann das deutsche Fernsehen (ARD, ZDF) mit zusätzlichem Milliardenaufwand ankaufen muss und die gesamte deutsche Filmförderung jährlich nur **200 Millionen Euro** beträgt (Quellen: ARD, MONITOR 13.02.03 und Die Welt 19.04.03).

Wissenschaft und Forschung

Der Wissenschaft und Forschung müssen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie benötigen, um im Zeitalter der Hochtechnologie international im Wettbewerb bestehen zu können. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Zukunft. Hochschulen und Wirtschaft müssen eng zusammenarbeiten, mit dem Ziel, Forschungsergebnisse kurzfristig in wirtschaftliche Güter und Leistungen umzusetzen.

Bevölkerungs-, Familien- und Rentenpolitik

Zur Erhaltung der Identität des deutschen Volkes hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zu 2 BvR 373/83 (siehe BVerfGE 77, 138 <150> vom 21.10.87) den deutschen Politikern folgendes aufgegeben: „... **Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten. ...**“ und Seite <151>: „... **Die im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes enthaltene Wahrungspflicht gebietet es auch, die Einheit des deutschen Volkes als Träger des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts nach Möglichkeit zukunftsgerichtet auf Dauer zu erhalten. ...**“

Die gegenwärtige Diskussion über den **demographischen** Wandel (Überalterung der Bevölkerung, weil zu wenige Kinder geboren werden) ist durch das derzeitige Rentengesetz verursacht, das die Kinderlosen besser stellt als Familien mit Kindern. **„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung (Art. 6 (1) GG)“** und nicht die Kinderlosen. **Kinder sind unsere Zukunft!** Wenn es keinen Nachwuchs durch den **generativen** Beitrag gibt, gibt es später auch kein Volkseinkommen, aus dem der Sozialaufwand gedeckt werden kann, z.B. die Rente - Arbeitsplätze natürlich vorausgesetzt.

Die Rente ist keine Sparkasse, in die die Erwerbsbevölkerung Beiträge einzahlt, die sie später als Rente wie ein Sparguthaben abrufen. Der für jede dauerhafte Altersversorgung unverzichtbare Generationenvertrag wird anders abgewickelt. Es gibt **zwei** Beitragsleistungen, die zu erfüllen wären: **erstens** den **finanziellen Beitrag** der Erwerbstätigen, mit dem durch seine sofortige Umlage die **derzeitigen** Rentenauszahlungen bestritten werden und **zweitens** den **generativen Beitrag** durch das Kindergroßziehen als Zukunftsinvestition in die Altersversorgung. Der generative Beitrag sichert die **zukünftigen** Rentenauszahlungen. Das geschieht ebenfalls durch Umlage der Beitragszahlungen der dann erwerbstätigen Kinder. **Das ist der entscheidende Beitrag, der für die Bestandserhaltung unseres Rentensystems und unseres Volkes sorgt.** Wenn ein Teil der arbeitenden Bevölkerung sich den **generativen** Beitrag und damit die Investitionen in die Zukunft ersparen darf, indem er keine Kinder bekommen und erziehen will, dann entsteht ein Defizit in der Rentenkasse, weil Beitragszahler fehlen.

Die Renten sind in die Schlagzeilen geraten. Wirtschaftsweisen, Professoren, Politiker, Ex-Bundespräsidenten, Ex-Wirtschaftsminister und Lobbyisten des Kapitals prophezeien Altersarmut wegen des demographischen Wandels. Immer weniger Beitragszahler müssten für immer mehr Ruheständler sorgen. Durch Einführung eines „Riesterfaktors“ soll es deshalb für die 20 Mio. Rentner keine Rentenerhöhungen mehr geben (Nullrunden) bzw. nur minimale Anhebungen von z.B. 1,1% zum 01.07.2008 als Wahlgeschenk, die dann ab 2012 wieder eingespart werden sollen. Namhafte Persönlichkeiten verkünden dreist, dass die Alten die Jungen „ausbeuten“ und „ausplündern“ würden und

sorgen so unverantwortlich und eigennützig für einen „Krieg der Generationen“. In dieser Diskussion wird völlig ausgeblendet, dass es neben der „unselbständigen Arbeit“ noch diverse andere Einkunftsarten gibt (siehe die Formblätter der Einkommensteuererklärung). Niemand stellt die Frage, warum denn der „unselbständigen Arbeit“ ganz allein die Kosten des „Sozialen Netzes“ aufgebürdet werden. Die „unselbständige Arbeit“ wird doch immer weniger. Arbeit, die früher z.B. von 10 Personen gemacht wurde, macht heute eine Person, weil Maschinen und Computer eingesetzt werden. Diese eine Person soll dann das "Soziale Netz" finanzieren? An diesem simplen Beispiel sieht man, dass unser Rentensystem deshalb nicht mehr funktionieren kann. Die **Wertschöpfung** dieser einen Person mit Einsatz der Maschinen und Computer entspricht aber sicher noch wesentlich mehr Wertschöpfung als früher die 10 Personen erbracht haben. Die **Wertschöpfung** der **einen** Person ist vielleicht sogar um den **Faktor 100 höher**. **Diese Wertschöpfung macht auch die hohen Managergehälter möglich.** Es liegt also nahe, diese **ganze Wertschöpfung** die Kosten des "Sozialen Netzes" tragen zu lassen! Damit könnten sich die Personal**neben**kosten von jetzt ca. 40% auf ca. 20% reduzieren. 1% weniger Sozialversicherungsbeiträge schaffen 100.000 Arbeitsplätze! Wir hätten also bald Vollbeschäftigung.

Wissenschaftlich behandelt ist das u.a. ausführlich Professor Dr. Christoph Butterwegge und in seinem Buch „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ und auf seiner Internetseite nachzulesen: „... **Die Höhe der Rente ist keine Frage der Biologie („Wie alt ist die Bevölkerung?“) sondern erstens der Ökonomie („Wie groß ist der erwirtschaftete Reichtum?“) und zweitens der Politik („Wie bzw. auf wen wird dieser Reichtum verteilt?“). Der kontinuierlich steigende Wohlstand muß gerecht auf die Klassen, Schichten und Altersgruppen verteilt werden, damit für alle genug da ist, nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich. Wegen des demographischen Wandels müssen keine Beiträge steigen oder die Renten gekürzt werden. Es gibt genug Möglichkeiten, die Rentenkassen zu füllen. ...**

Die demographische Entwicklung, d.h. die Veränderung der Bevölkerungs- und Altersstruktur, kann nur bis zu einem bestimmten Grad wissenschaftlich exakt prognostiziert werden. ... Mit dieser Form der Mathematik bzw. Statistik wird ganz gezielt Politik gemacht. ... Statt darüber zu diskutieren, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur erwachsene Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden, missbraucht man die angeblich drohende „Vergreisung“ zur Durchsetzung von Renten- und Sozialkürzungen. ... In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die demographische Entwicklung vorwiegend als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung von Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Meist wird die demographische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, Rentenkürzungen und andere Maßnahmen. Demografie fungiert dabei als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Die Höhe der Renten hängt aber nicht von der Biologie, sondern der Ökonomie und der Politik ab. Entscheidend ist, wie viel gesellschaftlichen Reichtum eine Volkswirtschaft erzeugt und auf wen, d.h. auch auf welche Altersgruppen, man ihn verteilt. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines nicht mehr explosionsartig, aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein. ...“.

Diese Wertschöpfung ist auch vorhanden. Die Großen und Mächtigen machen jährlich Milliarden Euro Gewinne (Bild 25.01./01.02.2008: **Allianz 8,0, Deutsche Bank 6,5, Nokia 7,2, Siemens 6,5, Shell 6,7, ...**). Aus allen Einkünften müßte also solidarisch ins „Soziale Netz“ eingezahlt werden. Die Einkünfte der Kapital- und Personengesellschaften, der Freiberufler, Bezüge der Manager (Chef der Deutschen Bank: **14 Mio. Euro/Jahr**) und Berufssportler, Politiker und Beamten müßten genauso zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden wie die Gehälter der Angestellten und Löhne der Arbeiter (Schweizer Modell), auch die riesigen Zinseinkünfte der Banken (**eine Milliarde Euro/Tag, 365 Milliarden Euro/Jahr**) aus der Verschuldung des Staates sind zur Finanzierung heranzuziehen (Gleichbehandlung von Arbeit und Kapital). Ferner ist der Politik die Frage zu stellen, warum immer nur das Kapital mit Zinszuschüssen usw. jährlich in 3-stelliger Milliardenhöhe subventioniert wird. Mindestens die Hälfte der ausgeschütteten Subventionen sollte zur Finanzierung der Personal**neben**kosten eingesetzt werden, um unsere Arbeit billiger und damit EU- und weltweit konkurrenzfähig zu machen!

Und warum werden in der Bundesrepublik zu wenige Kinder geboren? Was ist die eigentliche Ursache für diesen viel diskutierten „demographischen Wandel“ (die Überalterung der Gesellschaft)? Der wird auch durch unser Rentensystem verursacht, das die Kinderlosen belohnt. Wer **keine** Kinder großzieht, kann doch später nicht die gleiche Rente erhalten wie jemand, der 2 oder 3 Kinder großgezogen hat. Wer Kinder großzieht, leistet den **generativen** Beitrag zum Rentensystem. 3 Kinder kosten monatlich sicher um die 1.000 Euro. Diesen Beitrag sparen sich die Kinderlosen. Die Kinderlosen haben aber damit nicht dafür gesorgt, dass später jemand für ihre Rente einzahlt. **Daraus folgt, dass die Sozialversicherungsbeiträge für die „unselbständige Arbeit“ nach der Kinderzahl gestaffelt werden müssten.** Wer 3 Kinder großzieht, leistet den generativen Beitrag und braucht **weniger** in die Rentenkasse einzahlen, um die gleiche Rente wie ein Kinderloser zu erhalten. **Wenn die Kinderlosen genau so viel für die Rente aufbringen müßten wie die Familien mit Kindern, würden sich die Kinderlosen auch selbstverständlich Kinder anschaffen.** Darauf hat u.a. Dr. Wilfrid Schreiber bereits 1955 hingewiesen („Schreiberplan“, Schriftenreihe des Bundes Katholischer Unternehmer BKU E.V. Köln, „Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft, Vorschläge zur Sozialreform“, 48 Seiten, Verlag J. P. Bachem Köln 1955).

Das ist natürlich auch allgemein bekannt. Die Politik will aber nichts davon wissen. Sie ist **familienfeindlich**, weil die Kinder, also der **generative Beitrag**, in unserem Rentensystem nicht vorkommen. Die Rentenpolitik wird vom **Kapital diktiert**, das möglichst niedrige Personalnebenkosten haben will und deshalb auf immer mehr Zuwanderung dringt, weil die diese hohen Personalnebenkosten nicht haben. Das ist aber **moralisch** und **verfassungsrechtlich** (Alle Staatsgewalt geht vom **Volke** aus, heißt es in Art. 20 (2) GG, nicht vom **Kapital**) nicht in Ordnung und unvereinbar mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (siehe oben). Die Politik muss sich dafür einsetzen, dass sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitplätze geschaffen werden, von denen volle Beträge in „Soziale Netz“ gezahlt werden. Neben den 3,5 Millionen offiziellen Arbeitslosen sind 2,7 Millionen ALG-Empfänger (Leiharbeit, 1-Euro-Jobs und andere Mini-Jobs) bei der Bundesagentur für Arbeit registriert, zusammen also 6,2 Millionen Menschen, die nichts oder ganz wenig ins „Soziale Netz“ einzahlen können (siehe vorne die Abbildung). Wenn alles so bleibt, werden in 10 Jahren Millionen Rentner von Sozialhilfe leben müssen.

Es ist Wilfrid Schreiber jedoch nicht aufgefallen, dass der Mutter für den geleisteten **generativen** Beitrag eine Altersrente zusteht. Nach W. Schreiber würden die Kinder in der Familie zum Lebensunterhalt auch einen **Vorschuss** aus der Rentenkasse erhalten, der später bei Erwerbstätigkeit mit den eigenen Rentenbeiträgen verrechnet werden kann. Der legalisierten Abtreibung von deutschen Kindern, u.a. aus sozialen Gründen (**jährlich 300.000 Kinder, seit 1976 über neun! Millionen Kinder**, siehe Georg Paletta, „Das Leben eines Steylers“, S. 79/81, Aula-Verlag 2007), würde damit auch entgegengewirkt. Der Hausfrau als Mutter gebührt höchste Anerkennung. Die Erziehung ist in der Verantwortung der Familie zu belassen. **Wir fordern für den generativen Beitrag der Mutter eine ihrem Beitrag angemessene Altersrente. Familien mit Kindern sind weitgehend von Steuern und Abgaben zu entlasten.**

Land- und Forstwirtschaft, Umweltpolitik

Land- und Forstwirtschaft und Umwelt müssen so strukturiert sein, dass sie auch in Notzeiten die Ernährung des deutschen Volkes gewährleisten. Der Boden muss Privateigentum bleiben. Der landwirtschaftliche Familienbetrieb darf nicht in seiner Existenz bedroht werden. Wo hohe Produktions- und Umweltauflagen in Deutschland die landwirtschaftliche Erzeugung im internationalen Wettbewerb nachhaltig behindern, ist unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass diese Normen auch in den Wettbewerbsländern eingeführt werden.

Höchste Priorität verdienen alle Maßnahmen, die den Schutz und die artgerechte Haltung von Tieren zum Ziele haben. Für die Einhaltung dieser Maßnahmen und den Erhalt der Umwelt muß die berufliche Existenz des Land- und Forstwirts, vor allem von Familienbetrieben, durch die Allgemeinheit gesichert werden, solange unsere Normen von den anderen Ländern nicht übernommen worden sind.

In den Medien tobt seit einiger Zeit eine unseriöse in Hysterie ausgeartete „Klimaschutzdiskussion“. In dieser Diskussion wird unterstellt, dass Kohlendioxid (CO₂) zur Erderwärmung beiträgt, Gletscher würden dadurch abschmelzen, was zu einem dramatischen Anstieg der Meeresspiegel führen würde, Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel und Rostock seien in Gefahr. "Schockierender Weltklima-Bericht: Unser Planet Erde stirbt" (Bild, 03.02.2007). Der bekannte Meteorologe Wolfgang Thüne bezeichnet die „Treibhausdiskussion“ als „absurd“ und als „raffinierte wissenschaftliche Lüge“ (siehe Wolfgang Thüne: „Der Treibhauswindel - Die Erde steckt in keinem Glashaus“, Oppenheim 2000). Der tschechische Staatspräsident Václav Klaus („Blauer Planet in grünen Fesseln. Was ist bedroht: Klima oder Freiheit?“ Verlag Carl Gerold's Sohn 2007) sieht die Erderwärmung als **Machtmittel, um Freiheit weiter einzuschränken** (JUNGE FREIHEIT 3/08 v. 11.01.08). Kalt- und Warmzeiten haben sich in der Geschichte unseres Planeten ständig abgelöst, unabhängig davon, wie viel CO₂ gerade in der Atmosphäre war.

Durch die Herstellung von Biosprit und Ökostrom aus Getreide und Mais steigen die Preise weltweit für die Grundnahrungsmittel (Brot, Reis, ...). In den Entwicklungsländern kommt es bereits zu Unruhen und Demonstrationen wegen Hunger. Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist jetzt besorgt. Nahrungsmittel sind zum Essen da und nicht zum Verbrennen. Statt auf Biosprit zu setzen, sollte die Entwicklung von Automobilen mit geringerem Kraftstoffverbrauch vorangetrieben werden. **Dieselmotoren lassen sich auch preiswert aus Müll herstellen** (EVK GmbH & Co. KG, 96155 Buttenheim).

„Bleiben Sie gesund!“ (ist eines der aktuellen Themen im Forum unserer Netzseite)

Fünf Regeln verlängern ihr Leben um 15 bis 20 Jahre verlängern (Bild 08.01.2008 und 28.04.2000, Apotheken Umschau 15.12.2005)

1. Nicht rauchen, 2. etwas Sport treiben, 3. nur mäßig Alkohol trinken, 4. täglich 5 Portionen Obst und Gemüse essen, 5. nur mageres Fleisch essen (wenig vom Rind, Schwein oder Lamm, mehr Geflügel), viel Fisch essen (viermal pro Woche).

Politische Kern- und Einzelaussagen - weitere Vorschläge für Volksabstimmungen zu Sachfragen

Unser Hauptanliegen wird in den nächsten 4 - 8 Jahren stets sein, sich für Arbeitsplätze einzusetzen, damit unser „Soziales Netz“ wieder in Ordnung kommt. Bei **3,5 Millionen statistischen Arbeitslosen**, in Wirklichkeit sind es **über 6 Millionen** (siehe die Abbildung in der Präambel), wollen wir jeden Tag in der

Politik dafür arbeiten, dass **jeder Arbeit bekommt und eine vorausschaubare sichere Zukunft erhält**. In einer globalisierten Welt muss die Politik dafür Rahmenbedingungen schaffen:

- **„Steuern und Abgaben für die Bürger runter, macht Deutschland munter!“**
- Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland darf ab sofort nicht mehr steuerbegünstigt werden und die Gewinne ausländischer Tochterfirmen in Deutschland müssen **hier** voll versteuert werden.
- Deutschland muß aufhören, Politik für das **Großkapital** zu machen, weil das ständig globalisiert und **hier** keine Arbeitsplätze schafft. Der **Mittelstand** muß vorrangig gefördert werden, weil der nicht globalisiert und **hier** Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft.
- Wir wollen Volksabstimmungen zu Sachfragen und wichtigen Gesetzen nach dem Vorbild der Schweiz, wenn eine Fraktion im Parlament (Bund, Land, Kommune) oder 20.000 Wahlberechtigte das fordern.

Um international und vor allem in der EU wettbewerbsfähig zu werden, können die **Personalnebenkosten in Deutschland um 50 % gesenkt werden, wenn das „Soziale Netz“ von allen Fremdleistungen befreit wird und das Großkapital ebenfalls ins „Soziale Netz“ einzahlt (Schweizer Modell).**

So hätten wir kurzfristig Vollbeschäftigung! Aus den Kassen des „Sozialen Netzes“ darf nur der Leistungen erhalten, der eingezahlt hat. Uns wird verschwiegen, daß über **Sozialabkommen** mit diversen Ländern der Welt (siehe Fußnote Seite 4), ein großer Personenkreis unberechtigt und unbegründet Leistungen erhält. Das muss alles sofort auf den Prüfstand. Von den **20 Millionen Rentnern** behält z.B. die Deutsche Rentenversicherung Bund **50 % des Krankenversicherungsbeitrages** für den Topf „Risikostrukturausgleich“ ein, um diese **Sozialabkommen** zu bedienen, anstatt den vollen Betrag den Krankenkassen für die Versorgung der Versicherten zu überweisen.

Um international wettbewerbsfähig zu werden, könnten die **Personalnebenkosten in Deutschland um mindestens weitere 30 % gesenkt werden**, wenn keine Schulden mehr gemacht würden. **Pro Tag werden in Deutschland eine Milliarde Euro Zinsen gezahlt, das sind 365 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr.** Die „Geschäftsbanken“ verdienen sich goldene Nasen, weil Bund, Länder, Gemeinden, fast alle Firmen und privaten Haushalte auf Pump zu Lasten der nächsten Generationen leben. Damit muß Schluss gemacht werden. **Die teuren Dispositionskredite der Banken müssen als Wucher verboten werden.** Investitionen sollten vorrangig nicht mehr von „Geschäftsbanken“ finanziert werden, sondern von „Genossenschaftsbanken“ nach dem Raiffeisenprinzip von früher, das mit 2 % Zinsdifferenz ausgekommen ist und nicht globalisiert hat. Mit so solide finanzierten Projekten in **neue Technologien und in unsere Infrastruktur** lassen sich Millionen Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Wer Billigkräfte aus den neuen EU-Ländern oder von sonst wo beschäftigt, müsste eine **Ausgleichsabgabe** in das „Soziale Netz“ abführen. Es darf nicht sein, da am „Sozialen Netz“ vorbei Arbeit vergeben wird. **12 Millionen „Schwarzarbeiter“ setzen in Deutschland jährlich rund 356 Milliarden Euro am „Sozialen Netz“ vorbei um** (aus: Bild am 29.03.2005). So fehlen in den Kassen des „Sozialen Netzes“ (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) rund **150 Milliarden Euro.**

Mit einer Visa-Praxis: **„Im Zweifel für den Antragsteller und die Reisefreiheit“** haben seit über 40 Jahren jährlich 2 bis 3 Millionen Menschen aus der ganzen Welt bei uns Einreise erhalten, die überwiegend nicht als Touristen gekommen sind, sondern „schwarz“ arbeiten und anderen „Geschäften“ nachgehen. Die sofortige Rückkehr nach der Aufenthaltsdauer muss sichergestellt werden.

- Wir lehnen den Beitritt weiterer Länder in die EU als nicht finanzierbar ab und fordern die **Kürzung der deutschen Beiträge an die EU, NATO, UNO usw. um mindestens 50 %.**
- Wir werden die Einreise von Scheinselbständigen, die hier zu Dumpinglöhnen arbeiten wollen, untersagen. **Arbeit darf grundsätzlich nicht am „Sozialen Netz“ vorbei vergeben werden.**
- **Wir machen mit Hartz IV und Agenda 2010 (gesetzlich verordnete Armut) sofort Schluss.**
- Deutschland muss die **„großzügige Scheckbuch-Politik für das Großkapital und das Ausland“** beenden, seinen **„Menschen Arbeit geben, von der sie mit ihrer Familie in Würde leben können“** und eine **„kinderfreundliche Familienpolitik“** machen! Dazu gehört die Einführung des **„generativen Beitrags“** als Beitragsleistung mit Staffelung der Rentenkassenbeiträge nach der Kinderzahl („Schreiberplan“). Familien mit Kindern sind weitgehend von Steuern und Abgaben zu entlasten.
- Alle Parlamente sind um 1/3 zu verkleinern. Minister müssen Fachleute sein. Berater, Gutachter und Sachverständige sind dann überflüssig.
- Nach Beseitigung des „Risikostrukturausgleichs“ (siehe oben) erhält jeder die ärztliche Versorgung, die er braucht und muß nichts dazuzahlen, **auch keine Praxisgebühr.**

Öffentliche Petition zur Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene

Hinweis: Das Dokument zur Mitunterzeichnung der Petition ist hier gesondert angehängt.

Zusammenfassung

So sollte für Arbeitsplätze gesorgt werden:

- den Mittelstand fördern, weil der die meisten Arbeitsplätze schafft,
- Sozialversicherungsbeiträge (Kosten des „Sozialen Netzes“) aus Steuern finanzieren,
- zur Finanzierung des „Sozialen Netzes“ müssen alle Einkommen beitragen, auch das Kapital (Schweizer Modell), so könnten wir die Personalnebenkosten halbieren und **2 Millionen** Arbeitsplätze schaffen (Senkung der Personalnebenkosten um 1% schafft 100.000 Arbeitsplätze),
- Wirtschaftsförderung für die Arbeit zur Finanzierung der Personalnebenkosten einsetzen, nicht für das Kapital, **so werden wir EU- und weltweit konkurrenzfähig**,
- wenn in den kommunalen Haushalten nur 4 % zur Finanzierung von Arbeit eingespart wird und die Agentur für Arbeit den gleichen Betrag beisteuert, könnte die Arbeitslosigkeit kurzfristig halbiert werden und sogar Vollbeschäftigung erreicht werden,
- nur Investitionen im Inland dürfen von der Steuer abgesetzt werden,
- Arbeitsplätze schaffen, von denen man mit seiner Familie in Würde (Art. 1(1) GG) leben kann, keine Dumping- oder Mindestlöhne sondern **faire Tariflöhne** müssen gezahlt werden.

So sollte Familienpolitik gemacht werden:

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung (Artikel 6 (1) Grundgesetz).

- kinderreiche Familien müssen weitgehend von Steuern und Sozialabgaben befreit werden,
- nur wer Kinder **großzieht**, leistet den **generativen** Beitrag in die Rentenkasse und soll deshalb geringere Beiträge in die Rentenkasse einzahlen als Kinderlose,
- für die notwendigen Kindergärten- und Kinderkrippenplätze sorgen, die voll aus Steuern aller Einkommen finanziert werden, auch aus den Gewinnen des Großkapitals,
- wenn die Menschen Arbeit haben, sind zerrüttete Ehen, verwahrloste Kinder und Kinderarmut kein Thema mehr, ebenso die meiste Kriminalität (Alkohol, Drogen, ...).

So sollte solide Haushalts- und Finanzpolitik gemacht werden:

- nur das ausgeben, was man einnimmt,
- Schulden abbauen: Finanzpolitik auf eine systematische Entschuldung ausrichten,
- Steuern senken: durch die sich verringernden Zinsausgaben ist Steuersenkung möglich,
- die Kapitalgesellschaften dürfen sich nicht arm rechnen, z.B. keine Auslandsinvestitionen (2005: 785 Milliarden Euro) von der Steuer absetzen,
- **keine Privatisierung** von Volksvermögen: Deutsche Bahn, Deutsche Post, Krankenhäuser, Energieversorgungsunternehmen.

Das Volk soll entscheiden!

Volksabstimmung



Unsere **Programmorschläge** können sofort umgesetzt werden, wenn die **deutschfeindlichen Parteien** abgewählt werden und wir von den Wählern eine Gestaltungsmehrheit für die „**Volksdemokratie**“ erhalten.

Dr. Helmut Fleck Dr. Artur Dreischer Herbert Settele Lothar Bollwig Hans-Joachim Wohlfeld

Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung -Volksabstimmung-
Bundesvorsitzender, Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr.-Ing. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830, mobil: 0170 620 5691
Stellv. Bundesvorsitzende: Dr.med. Artur Dreischer, Hegastr.18, 72766 Reutlingen, Tel./Fax: 07121-491182/479021
Bundesgeneralsekretär: Herbert Settele, Brückenstraße 25 1/2, 86153 Augsburg, Tel. 0821-5082340
Bundesschatzmeister: Lothar Bollwig, Kesselsfeldweg 18, 53343 Wachtberg, Tel. 0228-344136, Fax: 0228-340716
Bundesschriftführer: Hans-Joachim Wohlfeld, Bonhoefferstraße 2, 49143 Bissendorf, Tel./Fax 05402-4210
Spenden- und Beitragskonto: Postbank Essen, Konto-Nr.: 593 477 431, BLZ 360 100 43

Unterschriftenliste **Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung -Volksabstimmung-**

Aus Anlass der für Mai geplanten Ratifizierung des EU-Reformvertrages (EU-Verfassung) im Deutschen Bundestag **ohne** Volksabstimmung (Referendum)

Öffentliche Petition Dr. Helmut Fleck vom 28.02.2008 an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages

Der Deutsche Bundestag soll bitte beschließen: „Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene“

In der Bundesrepublik Deutschland werden auf Bundesebene Volksabstimmungen zu Sachfragen und wichtigen Gesetzen nach dem Vorbild der Schweiz zugelassen, wie in Artikel 20 (2) Grundgesetz vorgeschrieben, bei internationalen Verträgen (Euro, Aufnahme neuer Länder in die EU, **EU-Verfassung, EU-Vertrag, EU-Reformvertrag**, ...) grundsätzlich ohne Sammlung von Unterschriften. Solche Volksabstimmungen können im Zusammenhang mit allgemeinen Wahlen (Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen) stattfinden.

Begründung (siehe auch Beitrag zum EU-Reformvertrag, Artikel von Professor Karl Albrecht Schachtschneider „Ein Staat ohne Legitimation“)

82 % der Deutschen glauben, dass das Volk in Wirklichkeit politisch nichts zu sagen hat. Univ.-Professor Hans Herbert von Arnim, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, hat gesagt: **„Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, dass sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in Wirklichkeit nichts zu sagen. Besonders krass ist es auf Bundesebene entmündigt, obwohl gerade dort die wichtigsten politischen Entscheidungen fallen (vgl. UN 12/1995, 12/2007).“** Gemäß Artikel 20 (2) Grundgesetz soll „Alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Sie soll vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt werden.“ Nach Artikel 21 (1) Grundgesetz „wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Die politische Wirklichkeit sieht in der Bundesrepublik Deutschland leider ganz anders aus. Die Parteien entscheiden alles alleine und in der Regel immer gegen das Volk.

Gegen das Volk gerichtete Gesetze des Bundestages und Bundesrates müssen mit Volksabstimmungen wieder rückgängig gemacht oder korrigiert werden können. Deutschland braucht dringend eine „Volksdemokratie“ mit Volksabstimmungen nach dem Vorbild der Schweiz. Die vom Kapital und von anderen fremden Interessen gesteuerte „Parteiendemokratie“ mit linkem und rechtem Strickmuster ist offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Würde des Menschen nach Artikel 1 (1) Grundgesetz zu achten und zu schützen (siehe Hartz IV-Gesetze, Rente mit 67, Nullrunden der Renten, Staatsverschuldung, ...). Deutschland braucht eine Politik der Mitte. Die Mitte ist da, wo es die „Volksabstimmung“ gibt - nur da wo es die „Volksabstimmung“ gibt!

Wer diese Petition Pet 1-16-06-1115-034913 zur Einreichung an den Deutschen Bundestag unterstützen will, kann sich hier eintragen:

Bitte sofort ausfüllen, Mitunterzeichner suchen und einsenden an: Herrn Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg

<u>Vor- und Zuname</u>	<u>Straße, Hausnummer</u>	<u>PLZ, Wohnort</u>	<u>Telefon/Fax/e-Post</u>	<u>Unterschrift</u>
-------------------------------	----------------------------------	----------------------------	----------------------------------	----------------------------
